

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Franz Maget

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Ulrike Gote

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Tobias Thalhammer

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Dr. Thomas Beyer

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

#### **zur Änderung des Feiertagsgesetzes (Drs. 16/15696)**

#### **- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Damit darf ich den Herrn Innenminister wieder ans Mikrofon bitten.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht vor, den Beginn der Schutzzeit an den stillen Tagen von bisher 0.00 Uhr auf 2.00 Uhr zu verlegen. Ich stelle ausdrücklich fest, dass sich am Karfreitag und am Karsamstag nichts ändert. Dort bleibt es beim Schutz ab 0.00 Uhr. Auch am Beginn des Schutzes am Heiligen Abend um 14.00 Uhr ändert sich nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass das insgesamt eine maßvolle Lockerung ist. Sie trägt dem heutigen Ausgehverhalten vieler Menschen Rechnung, ohne den Schutz der stillen Tage zu gefährden. Die künftige Regelung kommt der früheren Rechtslage in manchen Punkten durchaus nahe, die bis zum 31. Dezember 2004 gegolten hat, wo immerhin an drei Tagen schon bisher der Schutz nur von einer Sperrzeit zur anderen galt, das heißt, erst um 1.00 Uhr begann. Es ist deshalb nicht richtig, wenn da oder dort in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob der Schutz in Bayern schon immer und ewig um Mitternacht begonnen hätte. Insofern ist die Änderung sehr maßvoll und vertretbar.

Klar ist im Hinblick auf die Anliegen der großen christlichen Kirchen in unserem Lande – das will ich durchaus noch einmal unterstreichen –, dass es sich nicht um eine Salami-taktik handelt. Es kann keine Rede davon sein, scheinbarweise den Schutz der stillen Tage weiter einzuschränken.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das will die FDP!)

Ich glaube, dass das, was die Staatsregierung jetzt vorgelegt hat, eine sehr vertretbare Regelung ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich stelle auch hier im Landesvergleich fest:

Erstens, es gibt kein Bundesland, das mehr stille Tage hat als Bayern. In den meisten anderen Bundesländern gibt es überhaupt nur sechs, fünf oder gar nur drei stille Tage im Jahr.

Zweitens gibt es kein Bundesland, das diese stillen Tage so umfassend schützt wie Bayern. Denn in den anderen Bundesländern beginnt der Schutz der stillen Tage frühestens um 3.00 Uhr, oder aber um 4.00 Uhr oder sogar erst um 5.00 Uhr.

Es bleibt also auch in diesen Punkten festzustellen: Kein Bundesland schützt auch in Zukunft die stillen Tage so gut und umfangreich wie Bayern.

Ich bitte Sie um eine zügige Beratung und eine entsprechende Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke sehr, Herr Staatsminister. Damit eröffne ich die Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Maget für die SPD.

**Franz Maget (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, meine Kolleginnen und Kollegen! In unserer Fraktion haben wir dieses Thema schon vor einigen Monaten ausführlich diskutiert und eine gemeinsame Linie gefunden. Da ich diese teile, darf ich sie hier auch gern vertreten. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen, und zwar sowohl aus grundsätzlicher wie auch aus praktischer Erwägung.

Die grundsätzliche Erwägung geht dahin, dass wir mit großem Bedauern sehen, dass es eine immer weiter voranschleichende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche

in unserer Gesellschaft gibt. Wir glauben dagegen, dass es gesellschaftlich Sinn macht, zeitliche Strukturen in der Woche zu haben. Wir sehen einen großen Wert darin, dass es einen Sonntag und einen Feiertag gibt,

(Zuruf von der CSU: Wir auch!)

dass es das Wochenende gibt und dass es auch die stillen Tage gibt. Wir wissen natürlich, dass diese Haltung unter dem Druck von Globalisierung und neoliberaler Ideologie gefährdet ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Günther Beckstein (CSU))

Umso mehr muss man diese Werte verteidigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man muss diese Werte verteidigen, wenn man sie für gut befindet. Nach unserer Auffassung ist schon viel zu viel auf dem Altar der Liberalisierung, der Privatisierung und der Deregulierung geopfert worden.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es vieles, was man heute gerne wieder zurückholen möchte. Darum können wir schon aus grundsätzlicher Erwägung diesem Ansinnen nicht nähertreten.

Ich halte das übrigens auch für ein gutes Argument, wenn man mit Gastronomen oder Diskothekenbesitzern diskutiert und diese argumentieren: Wir brauchen gerade diese Zeiten vor einem Feiertag, vor einem stillen Tag. Da machen wir unser Geschäft. Genau das ist aber doch das Argument für den Feiertag und für das Wochenende.

(Beifall bei der SPD)

Nur weil es das Wochenende gibt, können die Leute am Freitag und am Samstag ausgehen. Deswegen ist diese zeitliche Strukturierung der Woche so sinnvoll, wie übrigens für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Zweitens nun die praktische Erwägung. Im Grunde genommen gibt es nur zwei Positionen. Die eine besagt: Der stille Tag beginnt dann, wenn man am Morgen aufsteht. Das wäre denkbar. Machen Sie es dann so.

Die andere Position ist: Es gibt keinen Regelungsbedarf; dann lassen wir es so, wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Zwischen diesen beiden Positionen muss man sich entscheiden. Was mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt wird, ist jedoch kein Kompromiss in dieser Entscheidungsfindung, sondern es ist total willkürlicher Unfug.

(Stefan Schuster (SPD): Typisch FDP halt!)

Warum denn 2.00 Uhr? Warum nicht halb drei Uhr oder warum nicht 3.00 Uhr? Womit begründet sich das?

(Beifall bei der SPD)

Es ist Unfug. Sie helfen damit niemandem, außer dass Sie wieder – Herr Staatsminister, Sie haben gesagt "scheibchenweise" - einem falsch verstandenen Liberalismus entgegenkommen.

(Beifall bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Ich höre schon Ihre Argumentation: Das ist typisch sozialdemokratisch; eine Verbotskultur, eine Gängelung und eine Bevormundung. Nein, es ist keine Gängelung und keine Bevormundung, wenn man sagt, es muss nicht rund um die Uhr eingekauft werden dürfen. Es muss nicht jeder Tag gleich sein. Es soll auch einen Sonntag geben. Es gibt gute Gründe für einen stillen Tag.

(Beifall bei der SPD)

Die Haltung der Kirchen ist für mich in dieser Frage kein ausschlaggebendes Argument. Denn ich widerspreche in vielen wichtigen Fragen den Kirchen durchaus, gerade auch meiner katholischen Kirche. Es geht aber nicht, dass man die Kirchen hier als Kronzeugen zitiert und so tut, als wären diese mit dieser jetzt vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

(Beifall bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das sind sie ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen darf ich Ihnen jetzt schon ankündigen, dass wir in der Zweiten Lesung, wenn es bei diesem Entwurf bleiben sollte, eine namentliche Abstimmung fordern werden. Dann können die Damen und Herren, die sich den christlichen Kirchen verbunden fühlen,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

unter Beweis stellen und dokumentieren, wie hierzu ihre Haltung ist.

Sie haben aber noch eine andere Möglichkeit, die ich Ihnen anheimstelle: Wir haben jetzt März, und man kann noch eine Anhörung im Landtag durchführen, in der man diese Frage noch einmal in Ruhe erörtert. Damit lösen Sie keinen neuerlichen Koalitionskrach aus,

(Zuruf von der SPD: Das weiß man bei denen nie!)

sondern Sie können das Ganze der Gesetzmäßigkeit der Diskontinuität anheimfallen lassen. Damit wären Sie dann aus dem Schneider.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Aber Sie müssen selbst wissen, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Herr Kollege Maget. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Guttenberger. Bitte schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir sehr gespannt!)

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt habe ich doch endlich einmal die Vorteile dieses Bordes nutzen können. Ich habe gleich zweimal drauf geschaut und mir gesagt: Mein Gott, über welches Gesetz stimmen wir denn jetzt ab? Herr Maget sprach zur Abschaffung von Feiertagen. Das steht aber heute nicht auf der Tagesordnung.

(Inge Aures (SPD): Haben Sie nicht zugehört, was er gesagt hat?)

Das wird mit uns auch nie auf der Tagesordnung stehen; denn es geht nicht darum, Feiertage abzuschaffen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es geht auch nicht darum, das Schließen von Lokalen zu verhindern. Auch das steht nicht zur Debatte. Es geht um die sogenannten stillen Tage.

(Zurufe von der SPD)

Auch an stillen Tagen habe ich als Gastronom das Recht, meine Lokalität so lange geöffnet zu halten, wie ich das auch an einem nicht stillen Tag tue,

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum brauchen wir denn dann eine Änderung?)

nur mit einem kleinen Unterschied,

(Zuruf von der SPD: Da sind wir sehr gespannt!)

dass nämlich an diesen stillen Tagen bisher zum überwiegenden Teil ein Tanzverbot herrschte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das heißt in der Konsequenz, dass die Auswirkung bei den meisten Gastronomen – ob Sie das jetzt als stille Tage bezeichnen oder nicht – nicht zum Tragen kommen wird, weil nämlich Lounge-Musik im selbem Umfang auch immer an sogenannten stillen Tagen zulässig war.

(Zuruf von der SPD: Warum macht ihr das denn? - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Es geht hierbei also nur darum, dem geänderten Ausgehverhalten und der geänderten Lebenswirklichkeit – – Auch wenn Sie mir ständig ins Wort fallen, ändert das am Wahrheitsgehalt nichts, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Auch wir sehen, dass sich die Lebensumstände der Menschen geändert haben. Heute geht niemand mehr vor 21.30 Uhr oder 23.00 Uhr in ein Tanzlokal bzw. in eine Diskothek.

(Zurufe von der SPD)

Uns ist es wichtig, dass der Kernbereich der stillen Tage erhalten bleibt. Der Kernbereich eines stillen Tages ist in keiner Weise dadurch berührt, dass an bestimmten stillen Tagen, nämlich an denen, die im Gesetz genannt sind und die auch der Herr Minister ausgeführt hat,

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist der Kernbereich? So wie es bisher war? Das ist der Kernbereich? )

das Verbot, Tanzmusik zu spielen, auf 2 Uhr hinausgeschoben wird,

(Volkmar Halbleib (SPD): Wann dann?)



statt es zum Beispiel wie 2004 um 1 Uhr enden zu lassen. Ich kann mich an keinen Antrag der SPD erinnern, in dem stand, dass man es um eine Stunde verkürzt. Das ist komisch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr wollt doch den Zustand ändern und habt keine Begründung dafür! - Zuruf von der SPD: Da muss man doch kein Gesetz machen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Derzeit gilt 0 Uhr. Es unterscheidet sich also nicht wesentlich. Der Kernbereich, der die christlichen und die kulturellen Traditionen in unserem Land widerspiegelt, genau dieser Kernbereich wird von der Änderung nicht berührt; auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Kollege, es jetzt so darstellen, als würde man Feiertage abschaffen wollen. Es geht nicht um die Abschaffung von Feiertagen und es geht auch nicht darum, ein Sonntagsarbeitsverbot abzuschaffen, wie Sie es gerade gesagt haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es geht um scheinbarweise Liberalisierung! Da muss man wissen, was man will!)

Um all das geht es nicht. Jeder, der lesen kann, Herr Kollege, könnte anhand des Gesetzestextes feststellen, worum es geht. Noch einmal: Das Lokal ist, ob stiller Tag oder nicht stiller Tag,

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum dann ein Gesetz?)

genauso lange geöffnet.

(Zurufe von der SPD)

Es wird weiterhin Musik gespielt, auch ungeachtet der jetzigen Gesetzeslage.

(Zuruf von der SPD: Warum dann ein Gesetz?)

Das Gesetz würde Diskotheken und anderen die Möglichkeit bieten,

(Zuruf von der SPD: Ein Gesetz für die FDP!)

Tanzveranstaltungen bis 2 Uhr – und nicht wie bis 2004 bis 1 Uhr – festzulegen. Um etwas anderes geht es in dem Gesetz nicht. Über etwas anderes stimmen wir auch nicht ab,

(Zuruf von der SPD: Namentlich!)

weil wir als CSU zu unseren christlichen und kulturellen Traditionen stehen.

(Zurufe von der SPD)

Wir stehen zu unseren Feiertagen. Weshalb hat übrigens Bayern die meisten Feiertage? Warum gibt es in den SPD-regierten Ländern weniger Feiertage als in Bayern? Aber das ist nicht unser Thema. Wir werden dem Gesetzentwurf, so wie er vorliegt,

(Zuruf von der SPD: Nicht zustimmen!)

zustimmen, weil er die Kernbereiche der stillen Tage weiterhin schützt

(Zurufe von der SPD)

und zum Beispiel die Karwoche auch rechtlich bis auf die Tatsache, dass das Tanzverbot erst um 2 Uhr beginnt, nicht berührt wird.

(Zuruf von der SPD: Denken Sie doch einfach mal über den Anstoß von Herrn Maget nach! Das wäre doch auch etwas!)

In diesem Sinne Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön, Frau Kollegin Gote.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Frau Kollegin, ich muss schon sagen, ich finde das Auftreten, den Gesetzentwurf und vor allem die Argumentation dazu schon ziemlich scheinheilig.

Ich könnte als Erstes den Aschermittwoch, das Spektakel in Passau anführen und Sie fragen, ob das zu einem stillen Tag passt. Mit der Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf

(Georg Schmid (CSU): Seit das die GRÜNEN auch machen, habe ich auch meine Zweifel!)

passt das eigentlich nicht zusammen.

(Petra Guttenberger (CSU): Wie ist das bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP?)

Das ist sogar ein öffentliches Besäufnis.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, das passt auch nicht zu einem christlichen stillen Tag. Wo sind dabei Ihre christlichen Traditionen?

Jetzt einmal etwas anderes: Haben Sie – das frage ich Sie, das frage ich den Minister, und das frage ich auch die Staatsregierung – einmal ernsthaft geprüft, ob es in anderen Religionen auch stille Tage gibt? Wieso schreiben Sie nur von den christlichen Feiertagen? "Die stillen Tage sind wie die Feiertage zur Bewahrung unserer christlichen und kulturellen Traditionen und Werte ..." – Also ich finde, das ist zu kurz gesprungen. Haben Sie das einmal ernsthaft geprüft?

Mir fällt dazu spontan – ohne dass ich das jetzt tiefer geprüft hätte – zum Beispiel Jom Kippur für die Juden ein. Warum ist das kein stiller Tag bei uns? Ich finde, dafür müssten Sie eine Begründung liefern oder zumindest nachweisen, dass es dieses Bedürfnis in anderen Religionen nicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Bitte schön.

**Petra Guttenberger (CSU):** Liebe Frau Kollegin, es steht Ihnen frei, entsprechende Anträge zu stellen und bestimmte neue Tage als stille Tage kennzeichnen zu wollen. Darüber können wir gern im Rahmen dieses Parlamentes diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Wie war Ihre Meinung dazu? - Ulrike Gote (GRÜNE): Ich fragte, ob Sie darüber nachgedacht haben!)

- Warum sollte ich jetzt hier eine Meinung dazu äußern?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das ist jetzt kein Dialog, meine Damen und Herren.

**Petra Guttenberger (CSU):** Frau Kollegin, ich wüsste nicht, worüber ich hier jetzt nachdenken sollte.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben hier einen Gesetzentwurf, der zur Abstimmung steht. Ich wundere mich, warum von Ihnen kein Antrag dazu kommt,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Erste Lesung, Frau Kollegin!)

wenn Sie so intensiv darüber nachgedacht haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Dann warten wir doch einmal ab, was Sie uns in den Ausschüssen noch so zu bieten haben.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Guttenberger. - Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Streibl. Bitte sehr.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier nicht um Feiertage, sondern es geht um die stillen Tage. Die

Frage ist: Brauchen wir stille Tage in einer Gesellschaft, die immer säkularer und immer pluraler wird? Ist es gut, dass wir diese stillen Tage haben?

Ich sage Ja. Wir brauchen diese stillen Tage. In einer Gesellschaft, die immer funktionaler, immer schneller wird, in der von den Mitgliedern dieser Gesellschaft immer mehr Leistung abverlangt wird, in der immer mehr von Burn-out gesprochen wird, ist es wichtig, dass es diese Haltepunkte im Jahr gibt. Es ist wichtig, dass eine Gesellschaft auch zur Ruhe kommen, man sich selbst reflektieren und über sich selbst nachdenken kann. Diese stillen Tage sind auch eine Chance für jeden Einzelnen, auch für die Familien, sich wieder einmal selbst zu pflegen und zu sich selbst zu finden. Aber es gibt natürlich Leute, die auch vor der Stille Angst haben, weil sie damit nicht mehr umgehen können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

- Ja, wenn Sie reden, dann ist es nie still, verehrte Kollegin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die stillen Tage, meine Damen und Herren, liegen nicht unbedingt in der Verantwortungsträgerschaft der Kirchen, sondern es ist eine eindeutig staatliche Regelung aufgrund des Feiertagsgesetzes. Wir sind diejenigen, die das zu regeln haben. Wir haben uns hier zu positionieren und müssen auch Regelungen schaffen.

Vorhin sind die christlichen Feiertage angeführt worden, aber der Volkstrauertag beispielsweise ist ein stiller Tag. Er hat mit den Kirchen ganz und gar nichts zu tun, sondern er ist ein Tag, der aus dem Schicksal unserer Geschichte kommt und der auch heute noch aktuell ist, wenn wir an Opfer von Gewalt, Verfolgung und Vertreibung denken. Wenn wir an unsere Soldaten in Afghanistan denken, ist das auch ein Tag, der heute seine Aktualität und seine Berechtigung hat. Es ist berechtigt, dass ein Volk an seine Opfer denkt und dass man sich hier besinnt.

Die Frage ist natürlich, wann so ein stiller Tag beginnen soll: um 0 Uhr, um 2 Uhr, um 3 Uhr, um 5 Uhr? Das ist das, worum es jetzt hier geht. Es gibt einen Vorschlag der Staatsregierung, den Beginn auf 2 Uhr festzulegen. Das ist vielleicht ein "Kompromiss", aber 2 Uhr ist ein Zeitpunkt, der völlig willkürlich gesetzt ist. Es gibt keinen sachlichen Grund für diese 2-Uhr-Regelung. Auch die Gesetzesbegründung liefert diesen sachlichen Grund nicht. Mit der gleichen Begründung wie für 2 Uhr könnte ich auch die Forderung des Hotel- und Gaststättenverbandes - Dehoga - übernehmen und sagen: 3 Uhr. Das wäre ein weitergehender Antrag, der vielleicht zu mehr Befriedung führen würde; denn die Festlegung auf 2 Uhr beendet die Diskussion um die stillen Tage und die Tanzverbote mitnichten.

Sie haben gesagt, das Ausgehverhalten der Bevölkerung habe sich verändert. Ja, das ist so. Aber dann kann man nicht ungefähr um 2 Uhr, wenn die Party erst so richtig losgeht, sagen: Jetzt drehen wir den Saft ab! – Das ist dann auch der falsche Zeitpunkt.

(Unruhe)

Wenn Sie diesen Schritt gehen wollten, müssten Sie es natürlich erweitern und noch mehr verlängern. Aber man befürchtet, dass das der schleichende Ausstieg aus den stillen Tagen ist. Hier besteht die Ansicht, dass man sagen muss: Wehret den Anfängen! – Hier wäre ein klares Bekenntnis dieses Hauses sicherlich auch wünschenswert.

Insofern muss man die Diskussion in den Ausschüssen abwarten, um zu erfahren, was für Argumente für die eine oder andere Uhrzeit noch kommen, was für Überlegungen da sind. Wenn man hier nach einem gesellschaftlichen Kompromiss sucht, halte ich den Vorschlag des Kollegen Maget für zielführend, der da lautet: Machen wir doch eine Anhörung, holen wir uns die gesellschaftlichen Gruppierungen hierher ins Haus und hören wir uns an, was sie dazu zu sagen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

So kann man, wenn man denn einen Kompromiss will, einen tragfähigen Kompromiss finden, mit dem man auch wirklich den Bedürfnissen unserer Gesellschaft in Bayern gerecht wird. Aber mit einem Gesetz, das im Grunde ein bisschen weder Fisch noch Fleisch ist, helfen wir weder den stillen Tagen noch denen, die Tanzveranstaltungen besuchen wollen, denn mit dem vorliegenden Gesetzentwurf würden Tanzveranstaltungen auch eingeschränkt. Damit ist niemandem gedient. Die Diskussion geht dann weiter, es wird weiter abgeschafft, und letztlich können wir die stillen Tage vergessen.

Daher glaube ich, dass es für uns in dieser Zeit einer immer stärkeren Inanspruchnahme unserer Bürgerinnen und Bürger – Arbeitnehmer müssen ja auch bis in die Nacht arbeiten – wichtig ist, dass wir diese Oasen der Ruhe und der Besinnung haben, gerade um uns in unserer bayerischen Heimat auf unsere Werte und auf unsere Traditionen besinnen zu können, dass wir also hier auch im Brauchtum und in den Traditionen stehen und diese pflegen können. Daher sollten wir uns überlegen, ob wir eine solche Anhörung durchführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich nun Dr. Martin Runge ans Mikrofon bitten. Herr Dr. Runge, Sie haben das Wort.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag zur Verkürzung der Schutzzeit in der Nacht zu stillen Tagen – wohlgemerkt, nur in der Nacht zu manchen der sogenannten stillen Tage – um zwei Stunden jetzt in der Ersten Lesung ist unseres Erachtens nicht unbedingt der Aufregung und der Rede wert. Deswegen war es das jetzt auch schon mit meiner Rede. Selbstverständlich stellen wir uns gerne der Debatte in den kommenden Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen herzlichen Dank. Für die FDP-Fraktion ergreift nun Tobias Thalhammer das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding braucht Weile.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in der Koalition lange um einen vernünftigen Kompromiss gerungen. Wir haben die Vor- und die Nachteile abgewogen. Es war unserem Koalitionspartner sehr wichtig, dass am Wesensgehalt des Schutzes des stillen Tages nicht gerüttelt wird. Unserer Meinung nach beginnt ein Tag mit dem Aufstehen und folglich nicht um Mitternacht; das war uns wichtig. Wir haben im Übrigen darauf verwiesen, dass es früher nicht so war, dass ab 1 Uhr ein Tanzverbot galt, sondern dass bei vielen stillen Tagen früher erst zur sogenannten Besenstunde Schluss war. Das war dann 5 Uhr in der Früh. Ich glaube, damals ist die christliche Kultur bei uns in Bayern auch nicht untergegangen.

Wir haben jetzt eine Lösung gefunden, mit der wir veränderten Lebensbedingungen entsprochen haben und veränderten Bedürfnissen junger Leute nachgekommen sind. Es spricht auch für einen modernen Staat, für ein modernes Land, wie wir es hier mit dem Freistaat Bayern haben, dass man den Bedürfnissen von jungen Menschen angemessen Rechnung trägt. Ich glaube, wir haben einen Kompromiss gefunden, mit dem alle leben können.

Ich gebe zu, dass 2 Uhr nicht meine Wunschvorstellung war. Wir hätten das Tanzverbot ruhig auf einen späteren Zeitpunkt festlegen können.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das ändert sich mit der Zeit! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Hören Sie lieber zu, dann lernen Sie vielleicht etwas.



Zu dem, was die SPD hier am Redepult vorgetragen hat, muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das war mehr als scheinheilig. Wenn sogar die Kirchen mit ihrer mehr als 2000-jährigen Tradition mit diesem Entwurf mitgehen, dann sind Sie noch konservativer als die Kirchen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich werde vielen Tanzlokalbetreibern die Haltung der SPD sagen. Das hört sich nämlich hier ganz anders an als vor Ort, vor allem in urbanen Gebieten. Ich werde die Haltung der SPD entsprechend zitieren. Aber jetzt hören Sie einmal zu, dann können Sie vielleicht noch etwas lernen, wenn Sie der Gastronomie entsprechende Ratschläge geben oder Wirtschaftseinschränkungen veranlassen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Ihnen kann man relativ wenig lernen!)

Es geht hier nicht nur um die Diskotheken, es geht auch um unglaublich viele Bars, Bistros, Pubs, die um Mitternacht genauso davon betroffen sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie doch, was Sie wollen, gesellschaftspolitisch!)

Im November hatten wir drei Wochenenden am Stück, an denen es für die Gastronomie und für das Ausgehverhalten der Menschen keine Möglichkeit gab. Da hat das nämlich um 12 Uhr Freitagnacht geendet. Es durfte in keinem Bistro mehr Stimmungsmusik gemacht werden. Die Umsatzzahlen sind eingebrochen. Die Leute mussten nach Hause gehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Völlige Freigabe?)

Am nächsten Tag durften gerade die Bistros bis Mitternacht am Samstag kein Geschäft machen, keine Stimmungsmusik spielen, weil auch noch der Schutz des stillen Tages wirksam war. Mit dem Schutz eines stillen Tages wurden also zwei Ausgeh-

Abende beschnitten. Ich glaube nicht, dass das im Interesse des Schutzes des stillen Tages ist.

Man kann darüber streiten, ob man das auf 2 Uhr oder 3 Uhr festlegen möchte oder ob man das vielleicht, wie es früher in Bayern auch üblich war, um 5 Uhr machen möchte. Aber ich glaube, dass viele Menschen draußen nicht einsehen werden, warum Politiker immer meinen, dass sie den Menschen vorzuschreiben haben, wie sie zu leben haben. Ich möchte nicht, dass wir allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes staatlich vorschreiben, wann sie zu trauern und wann sie sich zu freuen haben. Ein staatlich oktroyiertes Innehalten kann zumindest ich nicht aushalten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarrn!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege Thalhammer. Kollege Meyer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

**Peter Meyer (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Thalhammer, darüber, ob 2 Uhr richtig ist, und über die Vor- und Nachteile wurde schon ausgiebig diskutiert. Mir geht es darum: Bitte hören Sie auf, die Kirchen als Kronzeugen für Ihren Entwurf zu benennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die beiden Kirchen, die katholische und die evangelische, haben klipp und klar erklärt, dass sie gegen diese Regelung sind. Wenn es nach ihnen ginge, würde es auch keine Änderung geben. Sie haben nur gesagt, wenn es der Befriedung dient

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Befriedung von wild gewordenen Kollegen!)

und wenn es nicht die Vorstufe ist für einen weiteren Schritt zu einem späteren Zeitpunkt, dann werden sie das als Kompromiss notgedrungen hinnehmen. Sie sind aber ausdrücklich nicht einverstanden. Die Kirchen gehen mit Ihrem Vorschlag nicht mit. Das bitte ich zu bedenken.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Danke schön. Herr Kollege Thalhammer, zur Erwiderung bitte.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Wir waren in einem intensiven Dialog mit den Kirchen. Mir ist durchaus bewusst, dass es da Vorbehalte gab. Was Sie geschildert haben, trifft zu. Aber auch den Kirchen war es wichtig, dass es hier um eine entsprechende Befriedung geht. Ich glaube, wir können mit diesem Kompromiss – es ist ein Kompromiss – ein vernünftiges Mittelmaß finden, damit auf der einen Seite die kirchliche Tradition, die religiösen Bedürfnisse gewahrt werden können. Der Schutz des stillen Tages bleibt erhalten. Auf der anderen Seite wird damit den veränderten Lebensbedingungen von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Rechnung getragen.

Ich weiß gar nicht, warum man das so hochstilisieren muss, so politisieren muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben es politisiert!)

Von den GRÜNEN wurde auch gesagt, das Ganze werde aufgebauscht. Ich glaube, es ist ein vernünftiger Kompromiss, mit dem wir alle leben können. Deshalb werbe ich um Zustimmung.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank. Es hat sich noch Kollege Dr. Beyer für die SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Herzlichen Dank Herr Präsident. Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Kollege Thalhammer, ich weiß nicht, ob gerade Sie uns vorwerfen sollten, dass wir bei den stillen Tagen irgendetwas hochstilisieren. Es gibt im Rechtsstaat keinen höheren Akt als den der Gesetzgebung. Sie – ich habe das Gefühl, immer mehr Sie persönlich – haben das Thema hier zur Gesetzgebung erhoben. Die Diskussion der letzten Viertelstunde hat gezeigt, dass das in der Tat nicht nötig wäre, wenn man keine verschobenen Maßstäbe hätte. Die werfe ich Ihnen vor. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich überlege, worüber wir allein heute gesprochen haben, welche Probleme wir in Bayern zu lösen haben - ich erinnere an das Thema Pflege, Gesundheit, Krankenhausfinanzierung usw. -, frage ich mich wirklich, ob es vergleichbarer Mühen wert ist, dass Sie dieses Thema hier ausbreiten, mit dem Sie nichts anderes wollen, als Ihre Vorstellung eines sehr jungenhaften Pseudoliberalismus zu leben. Sagen Sie das bei den Julis oder bei Ihren Freunden aus der Diskotheken-, Bar- und Lounge-Szene. Sie sollten aber bedenken, vor allem, solange Sie Regierungsverantwortung in Bayern tragen, dass Sie mit dem, was Sie zum Schluss Ihrer Rede gesagt haben, indem Sie das Thema Trauer – nicht im persönlichen, sondern im staatlichen Zusammenhang – angesprochen haben, dass Sie mit solchen Äußerungen, Sie könnten nicht in einem Staat leben, der solche Dinge "vorschreibt", vielen Menschen entgegentreten und deren Gefühle verletzen. Gerade weil wir eine solche Haltung hinter diesem Gesetzesentwurf sehen, weil wir einen Fundamentalangriff auf diese Werte, die Franz Maget heute vorgetragen hat, sehen, sind wir so entschieden dagegen. Wehret den Anfängen, sage ich in diesem Punkt. Uns gefällt es nicht, was Sie da tun. Ich sage es so deutlich, damit Sie wissen, dass Sie mit dieser Haltung höchstens ein paar Stimmen für die FDP gewinnen. Wenn Sie ein bisschen Gefühl hätten, dann würden Sie den Weg für eine Anhörung freimachen, damit deutlich wird, wo die gesellschaftlichen Empfindungen in diesem Land bei diesem Thema wirklich sind.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Thalhammer, zur Erwiderung bitte.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Sehr geschätzter Herr Kollege, ich finde, was ich hier mache, ist in keiner Weise Pseudoliberalismus. Ich finde es grundehrlich.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Umso schrecklicher!)

Es ist grundehrlich, dass wir der Meinung sind, dass jeder Einzelne über sein Leben und seine Art zu leben entscheiden können soll, solange er einem anderen keinen Schaden zufügt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann können Sie gleich die Feiertage abschaffen, Volkstrauertag usw.!)

Ich sehe keinen Schaden, wenn das Tanzverbot nicht schon um Mitternacht, sondern erst um 2 Uhr greifen soll. Darin kann ich nicht erkennen, welche persönlichen Empfindungen eines Menschen der Gesellschaft mit Füßen getreten werden. Ich glaube, die Wahrung des stillen Tages ist weitgehend immer noch gewährleistet. Ich möchte allerdings den Ball zurückschieben. Wir haben ja Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Auch für die Diskothekengänger!)

- Auch für Diskothekengänger. Auch das sind Menschen. Auch Gastronomen sind Menschen.

Es ist doch vollkommen in Ordnung, wenn man Menschen ihr Leben so leben lässt, wie sie es wollen. Gerade die Gastronomie hat in den letzten Jahren sehr viele Steine in den Weg geworfen bekommen, was sie im Umsatz entsprechend geschädigt hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aha, Umsatz! Interessant! Darum geht es Ihnen!)

Das sind freie Unternehmer. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Auch diese Unternehmer haben ein Recht, ihr Geschäft dann zu öffnen, wenn sie Umsatz erzielen können. Für einen Diskothekenbetrieb, ein Szenelokal ist ein Dienstagabend nun einmal nicht so spannend wie ein Freitagabend oder ein Samstagabend. Das meiste Geschäft macht ein Diskothekenbetreiber, zumindest in der Stadt, zwischen halb eins und halb zwei Uhr in der Nacht. Auf dem Land sieht es ein bisschen anders aus. Lassen Sie doch die Leute, solange es niemandem schadet, ihr Leben leben, lassen Sie

sie ihr Geschäft machen. Dafür steht die FDP. Deshalb werben wir um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Zwischenbemerkungen oder Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.